Landeselternrat Brandenburg

Presseerklärung des Landeselternrates vom 24.10.2004

Der Landeselternrat lehnt die von der Koalition beschlossenen Schulgesetzänderungen ab

Der Landeselternrat hat sich in seiner Sitzung am vergangenen Samstag intensiv mit den geplanten Schulgesetzänderungen befasst und lehnt die geplante Änderung des Schulgesetzes zur Einführung der Oberschule in der vorgelegten Form strikt ab.

Als pädagogischen Unsinn weist der Landeselternrat die Vorstellung der SPD-CDU-Koalition, die Beurteilung des Arbeits- und Sozialverhaltens durch „Kopfnoten ab dem 2. Jahrgang“ zu ersetzen, zurück.

Zu Beginn der Sitzung des Landeselternrates wurde Petra Brückner, Großbeeren, als neue Sprecherin gewählt, zu neuen Stellvertretern wurden Michaela Mucha und Andreas Bergmann gewählt; Andreas Löwa (Vorsitzender des Landesschulbeirates) und Wilfried W. Steinert (Vorsitzender des Bundeselternrates) bleiben weiterhin stellvertretende Sprecher des Landeselternrates.

Die Einführung der „Oberschule“ in der vorgesehenen Form zementiert die Katastrophen aus der Bildungspolitik des letzten Jahrhunderts. In allen Bildungsuntersuchungen und Studien der letzten Zeit wurden in Deutschland zwei Problemfelder besonders heraus gestellt: die mangelnde Durchlässigkeit des Schulsystems und die viel zu frühe Selektion der Kinder auf verschiedene Schulformen in Deutschland.
Die geplante Schulgesetznovelle macht unser Schulsystem nicht durchlässiger, sondern es legt die Schüler noch früher als bisher auf einen bestimmten Bildungsgang fest. Im Normalfall sollen die Schülerinnen und Schüler über die Oberschule nicht mehr die Berechtigung zum Besuch einer gymnasialen Oberstufe erreichen.
Damit widerspricht die geplante Änderung dem Grundgedanken des Brandenburger Schulgesetzes, nachdem vorrangig integrativ gearbeitet werden soll – also miteinander, nicht nebeneinander.
Als Landeselternrat fordern wir ein Schulsystem, in dem nach dem Vorbild erfolgreicher Pisa – Länder jedem Kind individuell das Höchstmaß an Förderung und damit das beste zu erzielende Ergebnis zuteil werden kann.

Eine Strukturreform der brandenburgischen Schulen ist notwendig, aber die von der Koalition vereinbarte Form und die damit verbundene Hektik lassen keinen Raum zur Entwicklung zukunftsfähiger Konzepte.
Wichtige Erkenntnisse aus der Pisastudie sind vergessen: Nicht die Selektion der Schüler in vermeintlich leistungshomogene Gruppen und Grüppchen, sondern die individuelle Förderung eines jeden einzelnen Schülers muss im Fokus einer Schulreform stehen.
Alle, die für Schule in unserer Gesellschaft verantwortlich sind, müssten sich dabei im ersten Schritt auf gemeinsame Ziele der Schule in unserem Land verständigen.

Diese auf Konsens orientierte Diskussion ist überfällig und der erste notwendige Schritt zur Einleitung einer Strukturreform in Brandenburg.
Dafür muss jetzt Zeit gewonnen werden. Der nahezu in einer Blitzaktion vorgelegte Gesetzesentwurf zur Änderung des Schulgesetzes kommt zu früh und nutzt die Unerfahrenheit und Unkenntnis der neuen Parlamentarier und Minister in Potsdam, die gar nicht in die Lage kommen, sich sachgemäß auseinanderzusetzen.

Der Landeselternrat Brandenburg fordert die Regierungskoalition auf, den Entwurf zur Änderung des Schulgesetzes auf Eis zu legen und mit allen an der Schule beteiligten Gruppen und Institutionen über eine sinnvolle Schulreform in Brandenburg zu beraten.
Dies wird die Nagelprobe für den neuen Bildungsminister Holger Rupprecht sein, ob er die von ihm besprochene Ruhe auch in den Prozess der Schulgesetzänderung einbringen kann.

Lieber ein Jahr mehr Zeit als Bildungschaos, das die Zukunftschancen unserer Kinder weiter schmälert!

Empört sind die Elternvertreter im Landeselternrat über die Entscheidung der Koalition, ab dem 2. Jahrgang wieder Kopfnoten einzuführen. Nach einer dreijährigen Erprobungszeit haben sich die Mitwirkungsgremien mit dem Ministerium im Sommer dieses Jahres auf Kriterien zur Bewertung des Arbeits- und Sozialverhaltens geeinigt. Diese sinnvolle, zukunftsweisende Entscheidung wird nun rückgängig gemacht. Pädagogik aus der Mottenkiste des vorigen Jahrhunderts soll stattdessen die Zukunft unserer Schülerinnen und Schüler bestimmen.

Der Landeselternrat fordert die Abgeordneten des Brandenburger Landtags auf, das Gespräch mit den Eltern in den Kreiselternräten und im Landeselternrat zu suchen und Zeit zu einer umfassenden Mitwirkung zu geben!
Grundlegende Entscheidungen im Schulbereich dürfen nicht ohne Expertenanhörungen getroffen werden!

Für den Landeselternrat

Petra Brückner (Sprecherin des Landeselternrates)

Telefon 033701 – 59628
Handy 0173 – 1985987
(erreichbar ab 12.15 Uhr)

Stellvertretende Sprecher des Landeselternrates:

Andreas Löwa	0178 – 6733663
Wilfried Steinert	0173 – 2344775
Andreas Bergmann	0160 – 5551386